

Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsamt
Tageblatt Riesa.
Hermann Nr. 20.
Postfach Nr. 22.

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptpostamts Riesa behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postkonton:
Erscheint 1880
Strolche:
Riesa Nr. 22.

Nr. 18.

Freitag, 16. Januar 1931, abends.

84. Jahr.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 3 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintrags von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Abgabe und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preisänderung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags anzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 10 mm breite, 1 mm hohe Grundstiftzeile (6 Elben) 25 Gold-Pfennige; die 80 mm breite Reststiftzeile 100 Gold-Pfennige. Zeitraumbesetzungen und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Keine Taxifreigabe. Rabatt erlösch, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Nächtliche Unterhaltungsbeilagen „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Drucker oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Sanger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 29. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Ullmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Riesa.

In voller Fahrt.

Qu. Selten hat eine Frage solche Beachtung gefunden und eine derartig lebhaft Diskussion hervorgerufen, wie die Bekanntgabe des neuen Arbeitslohnplanes des Reichsfinanzministeriums. Aus anfänglicher Zustimmung der Presse kam schließlich die Kritik, wahrscheinlich bestimmt aus der Tatsache, daß man sich immer heftiger für wurde, letzten Endes sei die Arbeitsbeschaffung durch Lohnsenkung des Reiches nicht anders als eine Subvention bestimmter Großunternehmen. In der Berliner Börse wollte man diesen Verdacht des Dietrich'schen Planes sofort erkannt haben, in der Wirtschaft begann man von einer geplanten Subvention zu sprechen, als genaueseres Einsehen ergab, daß nur wenig und zwar die größten Unternehmen für die Durchführung des Arbeitsbeschaffungsplanes in Frage kämen, eine Lohnsenkung an Waren eintreten müßte und eine Verbilligung des Hauptfundament der Dietrich'schen Idee war. Hier tat sich eine Konkurrenz auf, der Reich erwidert, hier zeigte sich ein Preisabfall, der abgewehrt werden mußte. Fast geschlossen ist die Industrie heute bereits gegen Dietrich, und doch haben einige Wirtschaftsführer, wie Dr. Dietrich mit seinen Bedenken an die Öffentlichkeit kam, ihre Zustimmung ausgesprochen. Auf der anderen Seite läßt eine Bewegung in den Gewerkschaften, man müsse alles tun, um diesen Arbeitsbeschaffungsplan zu vereiteln, denn er fordere viel Geld, könne aber nicht das bieten, was zum Abbau der Arbeitslosigkeit führen könnte.

Roch hat Dr. Dietrich zu keiner entscheidenden Rede eingeladen, inwieweit ist sein Subventions- und Arbeitsbeschaffungsprogramm auch etwas in den Hintergrund getreten, aber wie wir hören, wird er in den nächsten Tagen wieder von sich reden machen. Die Minister sind — wie es heißt — imilde, doch ist eine offizielle Ministerrede nicht erfolgt. Sie soll aber den endgültigen Verhandlungen vorausgehen. Dr. Dietrich hat die Absicht, seinen Plan in Form gebracht, alle zuständigen Stellen zu betrauen und zur vorbereitenden Mitarbeit heranzuziehen. So wird er neue Verhandlungen mit den Führern der Industrie, der staatlichen Unternehmen, den Gewerkschaften, den Parteien, der Leitung der Arbeitslosenversicherung und mit Finanzbeamten, also zunächst mit Dr. Luther führen.

Wir hören zuverlässig, daß der Finanzminister trotz aller bisher aufgenommenen Ablehnung entschieden an seinem Plan festhalten will. Schwierigkeiten liegen allein in der Geldbeschaffung, und wenn der Plan Gefahr läuft, zusammenzubrechen, so kann es nur dadurch sein, daß nicht die erforderlichen Mittel aufzubringen sind. Zunächst war gedacht, einen Teil der dann entfallenden Arbeitslosenversicherungsbeiträge für die Durchführung des Arbeitslohnplanes zu verwenden. Es blieb auch bereits, Dr. Dietrich hätte diesbezüglich mit der Arbeitslosenversicherung bereits verhandelt. Inzwischen hat sich ergeben, daß diese angeblich leicht schwach steht und nach Hilfe anschauen muß, deshalb ist verhandelt, wenn Dr. Dietrich gar nicht erst diese Geldquelle unterwirft hat. Die Leitung der Arbeitslosenversicherung betont mit Recht, sie sei von den Plänen Dietrichs gar nicht unterrichtet worden. Sie hätte wahrlich auch nur beratende Stimme erhalten und später zur Durchführung herangezogen werden...

Der Arbeitsplan des Reichsbau-Ausschusses.

Der Reichsbau-Ausschuss des Reichstages, der seine Arbeiten jetzt aufgenommen hat, hat einen genauen Arbeitsplan aufgestellt. Er will die Bauarbeiten in etwa 120 Stunden erledigen und zu diesem Zweck in den nächsten Wochen täglich, mit Ausnahme der Sonntage, fünfstündige Sitzungen abhalten. Man rechnet damit, daß der Reichsbau-Ausschuss für 1931 vom Ausschuss die Mitte Februar erledigt wird, damit er dann im Einklang zur Verhandlung kommen kann. Die ausgiebigste Verhandlungszeit ist dem Ausschuss des Innenministeriums überlassen, nämlich 19 Stunden. Es folgt dann nach der Länge der Beratungen das Reichsarbeitsministerium, dem 17 Stunden gewährt sind; weiter das Reichswirtschaftsministerium mit 14 Stunden, das Reichswirtschaftsministerium mit 11 Stunden, das Reichswirtschaftsministerium mit 9, das Reichswirtschaftsministerium mit 8 Stunden und das Reichswirtschaftsministerium sowie die allgemeine Finanzverwaltung mit je 7 Stunden. In der kommenden Woche sollen zunächst die Bauarbeiten des Reichsarbeitsministeriums, des Reichswirtschaftsministeriums und des Reichswirtschaftsministeriums behandelt werden. Die Beratung über das Reichswirtschaftsministerium wird voraussichtlich Anfang Februar beginnen, der Reichsbau-Ausschuss wird voraussichtlich am 10. oder 11. Februar an die Reihe kommen.

Reichsrats-Beschlüsse.

Berlin. Der Reichsrat nahm in seiner Donnerstag-Sitzung die Mitteilung der Regierung über die Zurückziehung des Handelsabkommens zwischen Deutschland und dem Reichsbau-Ausschuss des Reichstages an. Die Angelegenheit ist inzwischen durch Notverordnung geregelt. Genehmigt wurde eine Verordnung über Fortführung, Lagerung und Einfuhr von Rohmaterial und eine Verordnung, wonach Veranlassungen aus Reich und zu Ehren der Reichsgründung von der Reichsregierung freigegeben. Zustimmung fand auch eine Verordnung über die Rücknahme der Bürgerrechte. Als Licht der Reichsgründung die Fortführung des Reichsgründungsplans auf

Beginn der Europa-Konferenz in Genf.

Genf. Heute Freitag vormittag um elf Uhr begann die europäische Konferenz, die sich auf der letzten Völkerbundversammlung in Genf als „Studienkomitee für die europäische Union“ konstituiert hat. Die Verhandlungen leitet der französische Außenminister Briand. Es nehmen daran die hiesigen europäischen Staaten, die dem Völkerbunde angehören, teil; Rußland und die Türkei sind nicht eingeladen; aber ihre Teilnahme an den weiteren Arbeiten des Komitees wird nicht die jetzige Konferenz einen Beschluß fassen.

Die überwiegende Mehrheit der teilnehmenden Staaten hat ihre Außenminister entsandt. Unter den teilnehmenden Ministern sind zu nennen: Dr. Curtius-Deutschland, Briand-Frankreich, Henderson-England, Grandi-Italien, Delaet von Holland-Holland, Benesch-Tschechoslowakei, Rakoff-Polen, der Herzog von Alba-Spanien, Somin-Belgien, Graf Carl von Ungarn, Moritz-Schweiz, Rumpf-Dänemark, Procop-Finnland, Schöber-Österreich.

Vor der Sitzung, die mit großer Verpöpfung begann, war in den Gängen ein formloses Begrüßen. Man sah, wie der französische Außenminister Briand auf den deutschen Außenminister Curtius zutrat und mit ihm einige freundliche Worte wechselte. Weiter bemerkte man, wie der deutsche Außenminister Curtius in einem längeren Gespräch mit dem italienischen Außenminister Grandi verweilte, mit dem er offenbar einige Vorschläge hinsichtlich des Verlaufes der Europakonferenz besprach.

Neben Briand hat der stellvertretende Generalsekretär Kessel, der die Aufgaben des Konferenzsekretärs wahrnimmt, Platz genommen. Der Direktor des internationalen Arbeitsamts, der der Konferenz ein Memorandum über sein Arbeitsgebiet vorgelegt hat, ist ebenfalls anwesend.

Um 11 Uhr 30 erklärte Briand die Konferenz für eröffnet. In seiner Ansprache wies er zunächst auf die weiter fortgeschrittene Zerrüttung der europäischen Wirtschaft hin, die den verantwortlichen Staatsmännern die Pflicht auferlege, gemeinsam nach Mitteln und Wegen zur Wiederherstellung des zerstörten Gleichgewichts zu suchen.

In der an die Rede Briands anschließenden Ansprache ergriff als erster Redner der deutsche Außenminister Dr. Curtius das Wort.

Dr. Curtius

erklärte, es könne nicht seine Aufgabe sein, die Ausführungen des Vorsitzenden über die Notwendigkeit einer europäischen Zusammenarbeit und die Herstellung des europäischen Friedens nochmals zu unterstreichen. Die deutsche Regierung habe ihre Auffassung über diese Frage in ihrer Antwort auf das französische Memorandum vom Mai vorigen Jahres niedergelegt. Die Auffassung der deutschen Regierung habe sich nicht geändert. Deutschland vertrete einen Ausgleich der Interessen auf dem Boden der völligen Gleichberechtigung. Unter der Wirtschaftspolitik, auf die der Vorsitzende näher eingegangen sei, leide Deutschland in besonderem Maße.

Dr. Curtius wies darauf hin, daß Deutschland 4,8 Millionen Arbeitslose habe, daß es unter einem außerordentlich harten Kapitalmangel leide, und unter einem Kapitalabfluß, für den keine Gegenwerte vorhanden seien. Er sei der gleichen Meinung wie Briand, daß die jetzige Tagung sich vor allem mit den Maßnahmen beschäftigen müsse, die geeignet seien, einen Ausweg aus der Wirtschaftskrise zu finden. Darum sei er der Meinung, daß die Konferenz zunächst den Vorsitzenden der Wirtschaftskonferenz, Collin, anhören müsse. Er sei auch bereit, im Rahmen der Konferenz über einzelne Wirtschaftsmassnahmen, zum Beispiel die Frage der Agrarpreise, zu verhandeln.

Dr. Curtius ging sodann kurz auf die Aufgaben, die der jetzigen Tagung gestellt seien, ein. Die Völkerbundver-

mehrere Substanz zu, damit nicht beim Abzug einer großen Rate dem Steuerpflichtigen die Bekämpfung seines Lebensunterhalts bis zur nächsten Lohnzahlung gefährdet wird.

Untersuchungsausschuss der Roggenkühlungsaktion des Reichstages.

Berlin. (Funkpruch.) Der Untersuchungsausschuss des Reichstages für die Roggenkühlungsaktion der Reichsregierung hielt heute Freitag seine erste öffentliche Sitzung ab. Den Vorsitz führte Abg. Dr. Weber (Staatspartei). Reichsernährungsminister Schiele und der Reichskommissar für die Roggenkühlung Dr. Baabe nahmen an den Verhandlungen teil.

Die Verhandlungen des Ausschusses waren zunächst der Feststellung eines Arbeitsplanes gewidmet. Hierfür lagen zwei Vorschläge vor, einer des Vorsitzenden Dr. Weber und einer des Abg. Stübgen (Dn.). Nach kurzer Aussprache wurde beschlossen, beide Vorschläge zur Grundlage der Untersuchungen zu machen.

Der Untersuchungsplan des Ausschusses erstreckt sich danach neben der allgemeinen Prüfung der Roggenkühlungsaktion unter anderem auch auf die Fragen, ob im Verlauf und im Zusammenhang mit der Kühlungsaktion weitere Schritte vorgenommen sind, ob an solchen Schritten Rückschlüsse und Beamte von Reichsposten beteiligt waren und materielle Vorteile daraus gezogen haben, ob

sammlung habe dem Studiumkomitee den Auftrag gegeben, das gesamte Problem einer europäischen Einigung zu prüfen. Auf der ersten europäischen Konferenz seien für die jetzige Tagung verschiedene Arbeiten in Aussicht genommen worden, so zum Beispiel die Erweiterung der Völkerbund- und eine Entscheidung über die Frage der Einziehung der europäischen Wirtschaftskrisen. Er sei der Auffassung, daß die jetzige Tagung an diesen Fragen nicht vorübergehen könne und daß sie unter keinen Umständen unter den Tisch fallen dürften. Er hat den Vorsitzenden um eine Beantwortung der Frage, in welcher Weise diese Fragen jetzt behandelt werden sollen.

Der französische Außenminister Briand unterrichtete in einer kurzen Erwiderung die Bedeutung der wirtschaftlichen und politischen Fragen, die besonders dringlich seien.

Der italienische Außenminister Grandi erklärte, er bemühe die Gelegenheit, um wieder auf die Vorbehalte hinzuweisen, die seine Regierung im Mai des vergangenen Jahres in dieser Angelegenheit auf das französische Memorandum vorgebracht habe. Er hoffe, daß alle Nichtmitglieder des Völkerbundes eingeladen würden, an der europäischen Union teilzunehmen im ureigenen Interesse der Union selber, die sonst ein einheitliches Staatenrumpfen-Gebilde darstelle. Die Einziehung von Rußland und der Türkei liege auch im Interesse des Völkerbundes selber. Er wisse zwar nicht, welches die Antwort dieser Länder auf eine Einladung sein würde; er sei aber sicher, daß diese Staaten es als sehr unangenehm empfinden würden, wenn man sie erst in einem späteren Stadium hinzuziehen wollte. Die Frage müsse jetzt geklärt werden. — Grandi erklärte dann nochmals, was die italienische Regierung bereits in ihrer Antwort auf das französische Memorandum getan hat, daß die europäische Union unauflöslich sei, solange die gegenwärtige Ungleichheit im Wirtschaftsbereich der europäischen Staaten vorhanden ist. Es müsse unbedingt die völlige politische und juristische Gleichheit aller europäischen Staaten erreicht werden. Dies sei unauflöslich, solange die Staaten der Abrüstungsfrage, wie sie im Völkerbund vorzuschreiben sei, nicht genügt hätten. Italien sei bereit, an der Lösung der Abrüstungsfrage mitzuarbeiten, da hier die einzige mögliche Lösung der Schwierigkeiten liege, unter denen Europa leidet. Das sei die primäre Seite des Problems der europäischen Einigung. Alle anderen Fragen seien, so wichtig und dringlich sie im Augenblick auch erscheinen, gegenüber dieser Hauptfrage von sekundärer Bedeutung.

Im weiteren Verlauf der Aussprache machte der englische Außenminister Henderson den Vorschlag, eine Kommission einzusetzen, welche die in der Diskussion aufgeworfenen Fragen insbesondere das Arbeitsprogramm für die jetzige Tagung prüfen sollte. Dieser Vorschlag wurde angenommen. In der Kommission, die aus sieben Mitgliedern der Konferenz besteht, ist auch Deutschland durch Dr. Curtius vertreten. — Heute nachmittag wird die Konferenz zunächst den Bericht des Präsidenten der Wirtschaftskonferenz verlesen.

Der Verlauf der ersten Sitzung der europäischen Konferenz hat den Eindruck hinterlassen, daß die Konferenz durch das Eingreifen des deutschen und des italienischen Delegierten vor die Entscheidung gestellt worden ist, zu den wichtigsten Fragen, deren Ausschaltung von gewisser Seite beabsichtigt war, Stellung zu nehmen.

Besuch Schöbers bei Dr. Curtius.

Genf. (Funkpruch.) Der österreichische Außenminister Dr. Schöber, der zur Teilnahme an der Europakonferenz in Genf eingetroffen ist, hat heute vormittag dem deutschen Außenminister Dr. Curtius einen Besuch abgestattet.

Im August und im September eine mißbräuchliche Auslegung der Stimmungsaktion zu wahlstatistischen Zwecken stattgefunden hat, wie hoch die Kosten der Stimmungsaktion sind, und ob sie sich günstig oder schädlich für die deutsche Wirtschaft ausgewirkt hat. Nach dem deutschnationalen Vorschlag sollen auch die Verhandlungen mit Polen über die Roggenausfuhr und ihr Ergebnis dem Ausschuss vorgelegt werden.

Nach der Feststellung des Arbeitsplanes hielt Reichs-ernährungsminister Schiele einen einleitenden Vortrag über die ganze Stimmungsaktion.

Keine Entwarnungsnote.

Paris, 16. Januar.

Zu den vom „New York Herald“ veröffentlichten Angaben über angebliche Beschlüsse der Botschaftskonferenz in der Frage der Entwarnung Deutschlands erklärt man in autoritativen Kreisen, daß diese Angaben über die angeblich im Verlauf der letzten Sitzung der Botschaftskonferenz behandelte Frage unrichtig seien. So sei besonders kein Schreiben, das die Aufmerksamkeit der Regierungen der Staaten, die den Versailler Vertrag unterzeichnet haben, auf Verhehlungen Deutschlands bei der Erfüllung seiner Entwarnungsverpflichtungen lenkte, vorbereitet oder bei dieser Gelegenheit von der Botschaftskonferenz ins Auge gefaßt worden.